

## Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung am Dienstag, den 4. Februar 2020

### Stabsbereich Landrat

#### **Breitbandfestnetzausbau**

Vor der Verlegung der Leitungen im Außenbereich wird für bestimmte Bereiche eine naturschutzrechtliche und/oder wasserrechtliche Genehmigung benötigt. Um dies zu prüfen war die Deutsche Telekom (DT) als Auftragnehmerin gebeten, entsprechende genehmigungsfähige Unterlagen einzureichen. Dies haben wir der DT in den im Februar, Mai und Juni 2019 stattgefundenen kommunalen Runden mitgeteilt. Entsprechende schriftliche Unterlagen wurden übermittelt, die allerdings in den meisten Fällen noch nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprachen und in der vorgelegten Fassung nicht genehmigt werden konnten. Um die entsprechenden Nachforderungen abzuarbeiten, beauftragte die DT im Herbst 2019 ein Fachplanungsbüro für die Erstellung genehmigungsfähiger Unterlagen.

Um schnellstmöglich die Genehmigungen zu erteilen und die weiteren Vorgehensweise abzusprechen fanden dazu im zweiten Halbjahr 2019 Gespräche zwischen DT und den Genehmigungsbehörden statt. Am 27. Januar 2020 fand bei mir ein weiteres klärendes Gespräch im Sinne einer zukünftigen zeiteffizienten Projektumsetzung statt.

Die bisher aufgetretenen Verzögerungen sollen künftig vermieden werden. In genehmigungsfreien Ausbaubereichen hat die DT mit den Bauarbeiten begonnen.

#### **Mobilfunkausbau**

Auf Wunsch des Breitbandbüros Hessen fragen wir aktuell in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden die dort bekannten „weißen Flecken“ ab. Die Ergebnisse werden anschließend dem Breitbandbüro zur Verfügung gestellt. Dort ist beabsichtigt mit den Mobilfunkanbietern die weitere Versorgung voranzutreiben.

Die Mobilfunkmessungen im Kreisgebiet sind weitgehend abgeschlossen und werden von der Firma IQMTEL ausgewertet. Wenn die Ergebnisse vorliegen, werden diese auch den Kommunen im Kreisgebiet zur Verfügung gestellt.

#### **CityBahn (Bericht des Dezernenten Günter F. Döring)**

Die Leistungsphasen 1 und 2 HOAI sind zum 31. Dezember 2019 zu 80 Prozent abgeschlossen worden. Offen sind noch nicht erbrachte Leistungen, die der Witterung bzw. dem Untersuchungszyklus geschuldet sind.

Baugrunduntersuchung: Sie hat sich erheblich verzögert, da die Anforderungen der Oberen Wasserbehörde zur Minimierung der Eingriffe in die Ausschreibung eingeflossen sind. Die Ausschreibung ist erfolgt und die Aufträge für Freischnitt und Baugrunduntersuchung sind vergeben. Der Freischnitt der Trasse muss bis zum 29. Februar 2020 abgeschlossen sein. Die Baugrunduntersuchung darf nur in niederschlagarmer Zeit (Auflage) durchgeführt werden und erfolgt nach erteilter Genehmigung. Die Ergebnisse können Einfluss auf Erd- und Ingenieurbauwerke der Trasse haben.

Am 3. Februar 2020 wurde der Arbeitsschritt „Freischnitt“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Er ist Voraussetzung für die Baugrunduntersuchung und erfolgt auch nur zum Zwecke der Baugrunduntersuchung. Auch dieser Arbeitsschritt wurde im Pressetermin erläutert. Die Ergebnisse der Baugrunduntersuchung fließen in das Genehmigungsverfahren ein, das nicht abgeschlossen ist. Beide Arbeitsschritte orientieren sich strikt an den Auflagen.

Flora und Fauna: Auch hier liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

Die Kommunen Taunusstein und Bad Schwalbach haben ihre Abschlüsse zu ihren Kostenanteilen geleistet.

Die Finanzamtsauskunft wurde am 8. November 2019 an das zuständige Finanzamt Wiesbaden I gestellt. Vor Aufnahme des Geschäftsbetriebes der CityBahn muss klar sein, dass der steuerliche Querverbund für Wiesbaden und Mainz erhalten bleibt. Die Auskunft steht noch aus.

Zum Grundstücksankauf der Aartalbahntrasse von der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bis zur Kreisgrenze (Eiserne Hand) ist ein Angebot der Deutschen Bahn angekündigt, es steht noch aus.

Die Nominierung der Beiratsmitglieder gem. §15 Gesellschaftsvertrag der CityBahn ist abgeschlossen. Es ist beabsichtigt im ersten Quartal 2020 eine konstituierende Sitzung durchzuführen.

Das gesamte CityBahn-Projekt wird weiter und engagiert vorangetrieben, und zur nächsten Sitzung des Kreistags soll eine Auftragsvergabe für die Planungsleistungen nach HOAI 3 und 4 für den Aartalbahnabschnitt vorgelegt werden.

### **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

ÖPNV Digital On Demand (DoD): Seitens des Bundes wurden für ein Pilotprojekt im RTK der Förderbescheid am 19. Dezember 2019 an den RMV übergeben. Antragsteller sind der RMV und die Stadt Taunusstein mit Unterstützung der RTV. Es soll der MIV nach Wiesbaden mittels DoD-Verkehr vermindert werden, um die Schadstoffemissionen in Wiesbaden weiter zu verringern. Taunusstein ist die größte Pendlerkommune des RTK nach Wiesbaden und deshalb ausgewählt worden. Hier müssen die Gremien in Taunusstein noch ihre Zustimmung geben.

Nachbarschaftstarif: Der Nachbarschaftstarif ist zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember 2019 für die Kommunen Niedernhausen, Taunusstein, Schlangenbad, Eltville und Kiedrich eingeführt worden. Für die genannten Kommunen gilt der um etwa 20 Prozent verbilligte Tarif nach Wiesbaden.

Seniorentickets: Hessenweit wurde das 365 EUR-Ticket und das PremiumTicket für Senioren eingeführt; die Nachfrage ist erheblich.

Sichtbare Sicherheit: Mit der Leiterin unserer Polizeidirektion, Frau PDin Hertel, Herrn POK Opitz und den Herren Brunke und Döring wurden am 27. Januar 2020 die Fortsetzung des Programmes und weitere Maßnahmen verabredet.

Wir sind froh, dass die Polizei den sichersten Landkreis in Hessen, den RTK, noch sicherer machen will und haben natürlich Unterstützung zugesagt.

Friday for Future – Wünsche der Schülerinnen und Schüler an den Schulbusverkehr: Im EUKA wurde die RTV gebeten, auf Basis der Hinweise der Schülerinnen und Schüler in der Friday for Future-Aktion den Schulbusverkehr in Idstein, Taunusstein und Eltville zu optimieren und die Kosten mitzuteilen. Das ist zwischenzeitlich erfolgt, dem EUKA wurde in seiner letzten Sitzung am 28. Januar 2020 berichtet. Die Optimierungen kosten insgesamt rund 125.000 EUR p.a. und sollen nach den Osterferien 2020 in den Wirkbetrieb gehen. Es wird erwartet, dass auch positive Synergieeffekte für andere ÖPNV-Nutzer generiert werden.

### **Ultranet**

Die Zusammenarbeit mit dem Land Hessen zur Durchsetzung der Trassenalternativen im RTK wurde weiter intensiviert. Das Land steht in engem Kontakt zu den Leitungsträgern, die Leitungssysteme parallel zur geplanten Ultranetleitung führen. Ziel der Abstimmungen ist eine gemeinsame kleinräumige Verschwenkung aller Leitungssysteme, die auf der derzeitigen Hochspannungstrasse verlaufen.

Parallel hat die Bundesnetzagentur um eine naturschutzfachliche Prüfung der Trassenalternativen gebeten. Die Ergebnisse der Prüfung durch die Obere Naturschutzbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt stehen noch aus. Aus Sicht des RTK, bei dem die Untere Naturschutzbehörde angesiedelt ist, gibt es keine fachlichen Ausschlusskriterien für die weitere Planung der Alternativtrassen. Das nächste Ultranetforum ist am 17. Februar 2020 in Niedernhausen geplant.

## **Bürgerbeteiligung**

Das neue Bürgerbeteiligungsportal unter [www.zusammen-zukunft.de](http://www.zusammen-zukunft.de) wurde am 23. Januar 2020 freigeschaltet und ist seitdem für alle Internet-Nutzende erreichbar. Damit ist der Startschuss für eine aktive Bürgerbeteiligung im Rheingau-Taunus-Kreis erfolgt. Der Kreistag des RTK hatte sich dafür ausgesprochen, die Beteiligung der Bevölkerung im Kreis weiterzuentwickeln und die Beteiligungskultur auf Kreisebene auszubauen und zu verbessern.

Um mit dem digitalen Befragungs-Format neue Zielgruppen erreichen zu können, steht die Benutzerfreundlichkeit des Bürgerbeteiligungsportals im Vordergrund. Es überzeugt durch Klarheit in der Darstellung auf allen Endgeräten jeglicher Größe und durch intuitive Bedienung. Das Portal wurde bewusst schlank und übersichtlich gestaltet, um eine umfassende Beteiligung zu ermöglichen.

Pilot-Thema des neuen Online-Portals ist die Mobilität im Landkreis. Die Basis dafür ist die Analyse des derzeitigen Mobilitätsangebotes. Bis zum 29. Februar 2020 können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger konkrete Hinweise zu Schwachstellen im Verkehrsnetz geben und Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation einbringen. Die Beteiligung in den ersten vier Tagen war mit 484 Teilnehmenden sehr hoch.

Der RTK nimmt aktuell mit dem Online-Bürgerbeteiligungsportal am Wettbewerb „Hessen smart gemacht / Miteinander lokal digital“ der Hessischen Staatskanzlei und der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung teil. Eingereicht wurde die Bewerbung in der Kategorie „Smarte Beteiligung“, die auch digitale Lösungen zur Gestaltung der Zukunft mittels Bürgerbeteiligung umfasst. Das Online-Portal erfüllt alle Bewertungskriterien des Wettbewerbs.

## **Wohnungsbau**

Die Gemeinde Niedernhausen ist als einzige Gemeinde im RTK Teil des „Großen Frankfurter Bogens“. Dieses vom Wirtschaftsministerium ins Leben gerufene Projekt zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums umfasst alle Städte und Gemeinden im Frankfurter Umland, von denen die Fahrzeit mit der Bahn zum Frankfurter Hauptbahnhof maximal 30 Minuten andauert. Den derzeit 54 Kommunen im Programmgebiet bietet das Land über die sonstigen Förderprogramme hinaus intensive Unterstützung an.

- Zur Ermittlung geeigneter Flächen finanziert ihnen das Land im Rahmen der Baulandoffensive Machbarkeitsstudien.
- Beim Bau von Sozialwohnungen übernimmt das Land den kommunalen Eigenanteil von bis zu 10.000 EUR je Wohnung.
- Zukünftig wird es im Programm „Nachhaltiges Wohnumfeld“ für Investitionen in begleitende Infrastruktur wie Kindergärten, Bürgerhäuser und Grünflächen Landeszuschüsse von 85 Prozent geben.
- Dialogveranstaltungen, die die Entstehung neuer Baugebiete begleiten, fördert das Land zu 85 Prozent

Nähere Informationen sind auf der Homepage [www.grosser-frankfurter-bogen.de](http://www.grosser-frankfurter-bogen.de) zu finden.

## **Mobilitätskonzept**

Die Erarbeitung des Mobilitätskonzepts befindet sich derzeit in der Phase der Bestandsaufnahme. Die Gespräche mit allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden über bestehende Konzeptionen, Schlüsselstellen der Mobilität und besondere Herausforderungen in den Kommunen wurden im Januar abgeschlossen. Weitere Einzelgespräche mit sektoralen Akteuren wie Hessen Mobil werden noch geführt.

Die nächste Bearbeitungsphase beginnt im März 2020. In der nächsten Phase soll gemeinsam mit den wesentlichen Akteuren und den Bürgern ein Leitbild für die Mobilität im Rheingau-Taunus-Kreis im Jahr 2030 erarbeitet werden. Dazu finden im März und April 2020 drei Bürgerforen statt, deren Veranstaltungsorte und -zeiten unter: [www.zusammen-zukunft.de](http://www.zusammen-zukunft.de) veröffentlicht sind.

**Verlängerung der Liquiditätshilfe für die vhs Rheingau-Taunus e.V. bis zum 31. Dezember 2020.**

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2019 der Weitergewährung der Liquiditätshilfe an die vhs in Höhe von 200.000 Euro bis zum 31. Dezember 2020 zugestimmt. Die vhs hat mit Hochrechnung zum 30. September 2019 als Jahresergebnis -9.198 Euro prognostiziert. Das geplante Jahresergebnis liegt bei +7.419 Euro.

Da im Jahr 2020 gemäß Wirtschaftsplan der vhs weiterhin ein nicht unerheblicher Anteil (ca. 791 TEuro) der insgesamt geplanten Erträge (ca. 2,96 Mio. Euro) mit einem Auftraggeber (BAMF) erwirtschaftet werden, ist nicht ausgeschlossen, dass es durch Verzögerungen bei Zahlungen durch diesen Auftraggeber zu einem vorübergehenden Liquiditätsengpass kommen kann. Eine gewährte Liquiditätshilfe stellt in diesem Fall die Aufgabenerfüllung der vhs sicher.

**Weitergewährung und Erhöhung einer Liquiditätshilfe für die ProJob Rheingau-Taunus GmbH bis zum 31. Dezember 2020.**

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2019 der Verlängerung der bis zum 31. Dezember 2019 befristeten Liquiditätshilfe für die ProJob Rheingau-Taunus GmbH in Höhe von höchstens 250.000 Euro und einer Erhöhung um 100.000 Euro zugestimmt. Grund für diesen Liquiditätsengpass sind zwei neue landesfinanzierte Projekte: „ProJobCare“ und „Talentzentrale“, die im Auftrag des RTK-JobCenters umgesetzt werden sollen. Aufgrund der Zuschusszahlungstermine wird voraussichtlich unterjährig eine Zwischenfinanzierung erforderlich werden. 2019 musste die Liquiditätshilfe nicht in Anspruch genommen werden.

Die durchaus positiv anzusehende wirtschaftliche Entwicklung der ProJob (zum 30. Juni 2019 zeichnete sich die Einhaltung des Wirtschaftsplans mit einem positiven Ergebnis von 12 TEuro ab) verbunden mit den beiden neuen, auskömmlich kalkulierten Projekten, aus denen keine Verluste zu erwarten sind, sprechen für eine Weitergewährung und Erhöhung der Liquiditätshilfe, um die ProJob von Fremdkapitalzinsen freizuhalten und kurzfristig in die Lage zu versetzen, Liquiditätsproblemen zu begegnen.

**Sachstandsbericht der Kommunalen Wohnungsbau-Gesellschaft (kwb)**

Stand der aktuellen Projekte Januar 2020								
VE	Standort	Anzahl WE	Bau genehmigung	Bauleistung ausgeschrieben	Bauausführung begonnen	Fertigstellung Hochbau	Fertigstellung Außenanlagen	Erstbezug
311	In der Eisenbach 16a Idstein	9 Stück			12 / 2018	100%	100%	06 / 2019
307	Schmidtberghöfe Bad-Schwalbach	22 Stück			03 / 2018	100%	80%	12 / 2019
310	Am Metzengraben Idstein-Wörsdorf	10 Stück			11 / 2018	10%	0%	06 / 2020
309	Hahner Mitte Taunusstein-Hahn	57 Stück				0%	0%	06 / 2022
313	Gottfried-Keller-Straße Taunusstein-Hahn	72 Stück				0%	0%	02 / 2021
312	Wiesbadener Straße Heidenrod-Laufenselden	14 Stück			01 / 2019	60%	0%	08 / 2020
312	Rathausstraße Aarbergen-Kettenbach	9 Stück			04 / 2019	90%	10%	02 / 2020

## **Fairtrade im Rheingau-Taunus-Kreis**

2019 war ein aufregendes Jahr für den Rheingau-Taunus-Fairtrade-Kreis. Nach der Neubesetzung der Fairtrade-Koordination im April wurde die Homepage neugestaltet. Im Mai fand im Kreishaus die Aktion „Fair in den Tag“ mit einem Fairen Frühstück statt. Große Begeisterung löste die Preisverleihung des Schülerwettbewerbs „Klasse Klima“ im Juni aus, zu deren Anlass Fairtrade-Dezernentin Monika Merkert eine Ansprache hielt und „Faire Fußbälle“ als Preise vergab. Während der „Fairen Woche“ im September realisierte der RTK zahlreiche Veranstaltungen, um das Thema öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Beendet wurde das Jahr mit einer „fairen Weihnachtsfeier“ der Fairtrade-Town Heidenrod. 2020 wird geprägt sein von der anstehenden Rezertifizierung des RTK sowie zahlreichen Fairtrade-Aktionen, beginnend mit der Rosenaktion im Frühjahr.

## **Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten**

Zum Themenfeld „Häusliche Gewalt gegen Frauen“ hat im Kreishaus eine Veranstaltung zur sogenannten Istanbul Konvention (Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) stattgefunden. Frau Prof. Dr. Bock, Professorin für Internationales Strafrecht u.a. an der Universität Marburg, hat dazu den aktuellen Stand bundes- und europaweit erläutert. Auf Grundlage der Konvention sind die Vertragspartner verpflichtet, geeignete und ausreichende Beratungs- und Versorgungsstrukturen vorzuhalten. Das Gleichstellungsbüro ist an der bedarfsgerechten Weiterentwicklung dieser Strukturen beteiligt.

In Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main und weiteren Stellen der Kreisverwaltung wird ein Fachtag zum Thema „Häusliche Gewalt in Paarbeziehungen bei älteren Menschen im ländlichen Raum/RTK“ vorbereitet. Ziel ist die bessere Vernetzung der Fachkräfte in diesem Handlungsfeld.

Der diesjährige „Girls day“ am 26. März findet in Kooperation mit dem Fachdienst Umwelt statt. Die Mädchen werden über Fragen rund um das Trinkwasser informiert und besichtigen hierzu Trinkwasseranlagen vor Ort. Außerdem erhalten die Teilnehmerinnen Einblick in das Thema Naturschutz und fertigen ein Insektenhaus an.

Zurzeit wird über die zukünftige Ausgestaltung und Internetpräsenz des Bündnisses für Familien geprüft. Hierzu wird eine Kuratoriumssitzung stattfinden.

Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März finden kreisweit Veranstaltungen statt.

## **Fachbereich I - Zentrale Steuerung**

### **Schulentwicklung Rheingau**

Am 20. Januar 2020 fand die abschließende Beratung und Empfehlung des Ausschusses für Schulentwicklung Rheingau (ASR) statt. Dabei wurde das bisherige Ergebnis erläutert, was sich wie nachstehend kurz zusammenfassen lässt:

Eine Lösung für die Beschulung der Hauptschüler aus dem oberen Rheingau soll wohnortnah erfolgen. Die Gutenbergschule Eltville ist bereit, sich in eine Realschule mit Hauptschulzweig (Verbundene Haupt- und Realschule) zu wandeln. Durch den räumlichen Engpass am Standort in Eltville wäre dann eine bauliche Erweiterung nötig.

Nach einer dann in der Sitzung verkündeten Mitteilung aus dem Hessischen Kultusministerium, wonach es künftig im Rahmen eines Schulversuches möglich sein soll, dass Realschulen auch den Hauptschlussabschluss erteilen können, wurde eine weitergehende Diskussion aufgerufen. Im Rahmen dieses neuen Verfahrens müsste die Gutenbergschule einen entsprechenden Antrag mit Konzeption vorlegen, den das Kultusministerium genehmigt und der wissenschaftlich begleitet wird.

Bisher konnten die Realschulzweige der Kooperativen Gesamtschulen entsprechende Abschlüsse erteilen, aber die eigenständigen Realschulen eben nicht. Die Schulleitung der Realschule Eltville erklärte sich bereit, diesen Vorschlag mit den Schulgremien zu erörtern. Auch bei dieser möglichen Lösung muss das Raumproblem an der Gutenbergschule gelöst werden.

Insgesamt wurde im ASR bemängelt, dass der Prozess der Schulentwicklung schwierig gewesen sei und u.a. von Seiten Dritter (Städte und Gemeinden und auch Schulleiternbeiräte) teilweise kontraproduktive Einflussnahme ohne Kenntnis des Sachstandes erfolgt sei. Die Rolle der Realschule Eltville wurde allseits wertgeschätzt.

Der Ausschuss hat sodann folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

1. Die Lösung der Beschulung von Hauptschülern aus dem oberen Rheingau erfolgt am Schulstandort Eltville an der Gutenbergschule.
2. Die Lösung erfolgt entweder in der Wandlung der Gutenbergschule zu einer verbundenen Haupt- und Realschule (Realschule mit Hauptschulzweig) oder mittels eines Schulversuches (Realschule mit der Möglichkeit der Erteilung eines Hauptschulabschlusses). Die Gutenbergschule wird sich über die Maßgaben und Modalitäten des Schulversuchs informieren und eine Entscheidung zu einer der beiden Varianten treffen, die der ASR mitträgt.
3. Die räumliche Erweiterung der Gutenbergschule ist für beide Varianten unabdingbar. Während der Planungs- und Bauzeit wird das Gymnasium übergangsweise Räume zur Verfügung stellen.

Im Zusammenhang mit der Schulentwicklung Rheingau hat der Magistrat der Stadt Eltville am Rhein mit Schreiben vom 16. Januar 2020 darum gebeten, den Kreisgremien den nachstehenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember 2019 zur Kenntnis zu geben:

„Die Stadt Eltville fordert den Kreistag und alle Gremien des Rheingau-Taunus-Kreises auf, sowohl das Gymnasium wie auch die Realschule in Eltville auch im neuen Schulentwicklungsplan als eigenständige Schulen zu erhalten. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, wenn eine Beschulungsmöglichkeit für Hauptschüler in Eltville oder an anderen geeigneten Stellen geschaffen wird.“

### **Schulabschlüsse / Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss**

Einem Presseartikel des Wiesbadener Kurier vom 3. Januar 2020 war zu entnehmen, das im Schulamtsbezirk Wiesbaden/RTK die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss bei 12,95% liege. Im Vergleich: bundesweit knapp 7% und der hessische Wert bei 5,4%.

Die Quote aus dem Schulamtsbezirk Wiesbaden/RTK konnte aus Sicht der Verwaltung nicht stimmen (bislang lag die Quote für den RTK unter 3%) und wurde sodann entsprechend beim Staatlichen Schulamt hinterfragt. Das auch gerade mit Blick auf die derzeitige Schulentwicklungsfrage im Kreisteil Rheingau. Eine Antwort liegt nunmehr vor.

Ursache der in der Tat zu hohen Quoten ist eine falsche Berechnungsmethode. Es wurden die Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in den jeweiligen Schulamtsbereichen in Bezug zur Gesamtzahl der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss gesetzt. Das hat zur Folge, dass die Schulamtsbereiche mit vielen Schülerinnen und Schülern und damit auch vielen Schulentlassenen tendenziell schlechter stehen als die kleinen Schulamtsbereiche. Mit dieser falschen Quotierung gelangt man auf den irreführenden Wert von 12,95% für den Rheingau-Taunus-Kreis für das Jahr 2017/18.

Die korrekte Quotierung: Bei der gängigen Quotierung der Kultusministerkonferenz würden diese in Bezug mit der Gesamtzahl der Schulentlassenen gesetzt werden. Dies ergibt nun im gleichen Absolventenjahr 2017/18 für den RTK eine Quote von 1,7%.

## **Öffentliches WLAN im Kreishaus**

Die aus dem KT-Beschluss „Ausstattung des Kreishauses in Bad Schwalbach mit öffentlichem WLAN“ vom 9. September 2017 resultierenden Projektarbeiten wurden im November 2019 erfolgreich abgeschlossen. Dabei wurden folgende Inhalte zu den dargestellten Konditionen geschaffen: Alle Bereiche im Kreishaus sind ausgeleuchtet. Das entstandene WLAN-System wird zentral verwaltet und gesteuert. Das WLAN-System ist vertikal und horizontal skalierbar. IT-Sicherheit und Datenschutz wurden eingehalten. Fremdleistungsangebote lagen im 6-stelligen Bereich. Das Projekt wurde in Eigenleistung durchgeführt. Die getätigten Investitionen lagen unter 20 TEuro.

## **Bibliotheken / Projekt KreisOnLeihe**

In 15 von 17 kreisangehörigen Städten und Gemeinden gibt es Bibliotheken und Gemeindebüchereien mit unterschiedlichem Angebot, Trägerschaft, Nutzerzahlen. Sechs der Bibliotheken (Eltville, Geisenheim, Idstein, Taunusstein, Kiedrich, seit 2019 Bad Schwalbach) waren bereits eigenständige Mitglieder des OnLeihe-Verbunds Hessen, Für neun Gemeindebüchereien und zwei Kommunen (Lorch und Schlangenbad ohne Bibliothek) wurde ein Förderantrag für eine KreisOnLeihe beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gestellt, der im Sommer 2019 beschieden wurde (Gesamtsumme 34.000 Euro, Fördersumme 22.200 Euro, Eigenanteil 11.800 Euro).

Das Pilotprojekt „Erste KreisOnLeihe in Hessen“ wurde im RTK umgesetzt, am 29. November 2019 in der gut besuchten Cafeteria des Kreishauses von Landrat Kilian, Staatssekretärin Ayse Asar/Ministerium für Wissenschaft und Kunst und der Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Hessen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Rolle der Bibliotheken verändert sich im Zeitalter des digitalen Wandels. Sie ermöglichen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen und werden zu wichtigen „dritten Orten“ in den Städten und Gemeinden. Dieses Projekt leistet einen wichtigen Beitrag für kulturelle Teilhabe und vergleichbare Lebensverhältnisse in Stadt und Land

## **Leseförderung**

Ende Januar 2020 ging mit den letzten Autorenlesungen und Fortbildungen das 17. Lesefest Rheingau-Taunus zu Ende. In mehr als 100 Veranstaltungen in allen 17 Städten und Gemeinden – darunter Lesungen an Schulen und Bibliotheken, Veranstaltungen in Kitas und an öffentlichen Orten – wie KulturKids Kloster Eberbach oder auf einem Schiff, wie bei den „Wasserwelten“ in Walluf wurden mehr als 5.000 Kinder und Jugendliche erreicht.

Das 18. Lesefest 2020 ist bereits in Planung. Laut neuesten Studien können 18,9% der Zehnjährigen in Deutschland nicht ausreichend sinnentnehmend lesen, daher ist die Förderung der Lesekompetenz auch im RTK ein wichtiges Thema

Im September 2019 wurde in Walluf die erste Literaturkita im RTK zertifiziert (die zweite in Hessen). Eine zweite Kita in Idstein begleitet der Kreis nun auf dem Weg zum Zertifikat.

Alle Bibliotheken im Landkreis werden sich 2020 zum vierten Mal am bundesweiten „Tag der Bibliotheken“ am 24. Oktober beteiligen.

## **Kulturpreis**

2020 ist der Kulturpreis in der Sparte „Bildende Kunst“ ausgeschrieben. Noch bis zum 1. April 2020 können Vorschläge eingereicht werden. Eine Fachjury wird die Preisträgerin / den Preisträger ermitteln.

## **Fachbereich II - Leistungsverwaltung**

### **Regionaldaten zum Pflegearbeitsmarkt**

Im RTK spiegelt sich die hessenweite Situation wieder, es gibt im Bereich der Pflege mehr Nachfrage als Angebot. Bis auf den Bereich der Gesundheits- und Krankenpfleger gilt ein Pflegekräftemangel für alle Pflegeberufe. In der Altenpflege fehlten 2018 107 Fachkräfte, in der Altenpflegehilfe 49 Personen. Der Pflegemonitor spricht von einem (im hess. Vergleich) überdurchschnittlichen Fachkräfteengpass. Der Beschäftigtenstand der Altenpflegerinnen und -pfleger hätte um 25% erweitert werden müssen, um die Nachfrage 2018 komplett zu decken.

Aufgrund der steigenden Zahlen der Pflegebedürftigen wird im RTK bis 2030 von einem Erweiterungsbedarf von 209 (45%) und einem altersbedingten Ersatzbedarf von 173 (38%) Kräften ausgegangen, d. h. der RTK müsste seinen Beschäftigtenstand bis 2030 um 83% erweitern.

Ein allgemeines Fazit, das vom Hess. Minister für Soziales und Integration, Herrn Klose, für alle Landkreise gezogen wird, ist, dass es aufgrund des Fachkräftemangels in der Pflege ein zentrales Anliegen ist, dass die neue Pflegeausbildung in Hessen gut umgesetzt wird und alle Ausbildungspartner in den Prozess einbezogen werden.

### **Arbeitsmarktsituation**

Die Arbeitslosenquote im RTK liegt im Dezember 2019 mit 3,7% weiterhin unter der landesweiten Quote von 4,3%.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im JobCenter hat sich im Dezember 2019 im Vergleich zum Vorjahresmonat von 4.440 auf 4.193 Bedarfsgemeinschaften reduziert. Die Zahl der dort lebenden Personen hat sich im gleichen Zeitraum von 9.154 Personen um 369 auf 8.785 Personen verringert.

### **Kindertagesstättenentwicklungsplan 2019 - 2021**

Am 7. November 2019 ist den KiTa-Verantwortlichen der Städte und Gemeinden der Kindertagesstätten-Entwicklungsplan 2019 - 2021 vorgestellt worden. Bei einer landesweit überdurchschnittlichen Versorgungsquote von 44,0% mit Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren im RTK zeigt sich bei einer bereinigten Versorgungsquote von 93,5% mit Betreuungsplätzen für Kinder von drei bis sechs Jahren Handlungsbedarf. Zwar sind bis zum Beginn des laufenden Kindergartenjahres rund 300 Betreuungsplätze für Kinder von drei bis sechs Jahren mehr in Betrieb genommen worden, dem steht aber eine um 300 Kinder gestiegene Anzahl im Bedarf gegenüber.

Da angesichts der Geburten- und Zuzugsentwicklung seit 2013 mit weiter steigendem Bedarf an Betreuungsplätzen zu rechnen ist, finden in vielen Städten und Gemeinden Maßnahmen zur Erweiterung der Kapazitäten statt, so dass zum kommenden Kindergartenjahr mit einer Steigerung der Betreuungskapazitäten um über 400 Plätze zu rechnen ist.

### **Jugendtaxi**

Unter Bezugnahme auf die KT-Vorlage vom 9. April 2019 kann folgender Sachstand mitgeteilt werden: In der vorgenannten Vorlage wurde analog des Modells Limburg-Weilburg ein Vorschlag unterbreitet. Dieser bezog sich auf Gutscheine in Papierform und schien sehr aufwändig in der Handhabung zu sein. Daraufhin erhielt das Jugendamt den Auftrag, ein einfacheres Konzept zu erarbeiten. Das zuständige Team hat sich nun mit einer Taxi-App befasst, deren Handhabung wesentlich einfacher ist. Diese App ist bereits seit einem halben Jahr im Kreis Viersen im Einsatz. Der Ansatz wird kurzfristig weiterverfolgt. Bis zum Jugendhilfeausschuss im März 2020 wird ein Vorschlag erarbeitet.

## **Familienprechstunde beim Kinderarzt**

Im Rahmen der Frühen Hilfen erhalten werdende Eltern und Familien mit Kindern zusätzliche Unterstützung durch kostenfreie Beratungs- und Lotsenangebote. Dieses ist in Hessen einmalig. Seit September 2019 bietet eine pädagogisch ausgebildete Fachkraft der Frühen Hilfen einmal pro Woche in der Kinderarztpraxis Dr. Pfeifer in Taunusstein eine Sprechstunde an. Zielgruppe sind Familien in besonderen Lebenslagen mit Neugeborenen, Säuglingen und Kleinkindern im Alter bis zu drei Jahren, vereinzelt auch bis zum Schuleintritt. Ziele des Angebotes sind die Frühintervention bei Belastungsanzeigen, die Stärkung der Elternkompetenz, die Verbesserung der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern, die Reduktion von Risikofaktoren und die Vermittlung an weitere Hilfen als Lotsenfunktion.

Finanziert wird das Projekt aus Mitteln des Landesprogramms „Frühe Hilfen, Prävention und Kinderschutz“ sowie aus Mitteln des RTK.

Das Projekt ist gut angelaufen, so dass die Koordination Frühe Hilfen auf der Suche nach einer weiteren Kinderarztpraxis ist.

## **Gesundheitsverwaltung**

Zum 1. März 2020 tritt das Masernschutzgesetz in Kraft. Hierdurch ergibt sich für das Gesundheitsamt ein deutlich erhöhter Arbeitsanfall.

Nach dem Ausscheiden von Frau Dr. Klein ist seit dem 1. Dezember 2019 Frau Dr. Wilhelm die Leiterin des Gesundheitsamtes. Die Nachbesetzung der freien Arztstellen im Gesundheitsamt gestaltet sich schwierig. Für eine der freien Arztstellen wurde nun jedoch eine Bewerberin ausgewählt.

## **Corona-Virus**

In China ist ein neues Corona-Virus (nCoV) aufgetreten. Derzeit wird davon ausgegangen, dass sich die ersten Patienten Anfang Dezember 2019 auf einem Markt, auf dem auch Wildtiere gehandelt wurden, in Wuhan / Provinz Hubei in China angesteckt haben. Mensch-zu-Mensch-Übertragungen sind vermutlich bereits Mitte Dezember aufgetreten, wurden aber von den chinesischen Behörden erst Mitte Januar bestätigt.

Am 30. Januar 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine "Gesundheitliche Notlage mit internationaler Tragweite" (PHEIC) festgestellt. Für Deutschland hat die Einstufung keine direkten Folgen, da die WHO-Empfehlungen hier bereits erfüllt sind.

Gewöhnliche Corona-Viren verursachen meistens milde Erkältungssymptomatik mit Husten und Schnupfen. Bestimmte Corona-Viren, z.B. auch das SARS-Virus, können aber auch schwere Infektionen der unteren Atemwege verursachen und zu Lungenentzündungen führen. Das neue Corona-Virus scheint bei einem Teil der Patienten mit einem schwereren Verlauf einherzugehen. Todesfälle traten bisher vor allem bei Patienten auf, die bereits zuvor an schweren Grunderkrankungen litten.

Mit Stand 3. Februar 2020 hat das Corona-Virus weltweit zu 17.383 Erkrankungsfällen geführt, darunter 362 Todesfälle. In China gab es 17.235 Erkrankungsfälle und 361 Todesfälle. Hauptsächlich betroffen ist weiterhin die Provinz Hubei inkl. der Stadt Wuhan mit 9.074 Fällen, darunter 294 Todesfälle.

Außerhalb Chinas gibt es 148 bestätigte Fälle hauptsächlich in asiatischen Ländern, darunter ein Todesfall auf den Philippinen. In Europa gibt es 25 bestätigte Fälle, Todesfälle waren bisher nicht zu beklagen.

In Deutschland gibt es aktuell zehn bestätigte Fälle. Bei diesen Patienten handelt es sich um sieben Mitarbeiter einer Automobilzulieferungsfirma (Webasto), die in Bayern ansässig ist. Das neue Corona-Virus wurde durch eine Chinesin übertragen, die zu einer firmeninternen Fortbildung angereist war und erst auf dem Rückflug Symptome entwickelte. Einer der infizierten Mitarbeiter hatte eines seiner Kinder angesteckt. Dieses und die sieben Mitarbeiter der Firma Webasto werden stationär unter Isolationsbedingungen beobachtet und behandelt. Zwei weitere Patienten befinden sich unter den 125 am vergangenen Wochenende aus der Provinz Hubei ausgeflogenen Deutschen und werden aktuell in der Isolierstation der Uniklinik

Frankfurt beobachtet. Die übrigen 123 Rückkehrer befinden sich in Quarantäne, die zunächst für 14 Tage verhängt wurde. Alle bestätigten Fälle in Deutschland sind nicht schwer erkrankt. Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es keinen Grund zur Beunruhigung; es sind bisher keine begründeten Verdachtsfälle oder Nachweise des neuen Corona-Virus aufgetreten. Das Gesundheitsamt ist in Alarmbereitschaft und für den Notfall gerüstet. Die Vorgehensweise wurde mit der hiesigen Rettungsleitstelle in einem gemeinsamen Gespräch abgestimmt und der Vorrat an Schutzausrüstung aufgestockt. Das Gesundheitsamt befindet sich zudem in regelmäßigem Kontakt mit den Krankenhäusern in Idstein und Rüdesheim, die auf die Versorgung von eventuellen Verdachtsfällen vorbereitet sind.

Es finden mehrmals pro Woche Telefonkonferenzen mit dem hessischen Sozialministerium (HMSI) und den hessischen Gesundheitsämtern statt, um sich über die aktuelle Lage auszutauschen und die Maßnahmen anzupassen. Das HMSI hat bereits Informationen und Handlungsanweisungen bereitgestellt und weitere in Aussicht gestellt. Sobald diese vorliegen, wird das Gesundheitsamt diese an die betroffenen Stellen weiterleiten. Eine Rufbereitschaft ist bei der aktuellen Lage noch nicht erforderlich.

Die Bevölkerung ist besonnen; bisher gab es beim Gesundheitsamt zwei bis drei Anfragen pro Tag. Ein von einem Hausarzt am 31. Januar 2020 gemeldeter Verdachtsfall hatte weder einen Aufenthalt in China in den zurückliegenden 14 Tagen noch einen Kontakt zu einem Erkrankungsfall in dieser Zeit, sodass eine Ansteckung nicht möglich war und auch die geltenden Fallkriterien nicht erfüllt wurden.

In der Zukunft muss jedoch mit weiter steigenden Fallzahlen und auch mit einem Import von weiteren einzelnen Fällen nach Deutschland gerechnet werden. Auch einzelne Übertragungen in Deutschland sind möglich. Die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland durch die neue Atemwegserkrankung aus China bleibt derzeit weiterhin gering.

#### **Bericht der Dezernentin für Jugend, Gesundheit und Fairtrade zur Umsetzung des Gesundheitsgutachtens im Rheingau-Taunus-Kreis**

Die Gesundheitskoordinatorin hat u. a. teilgenommen an der Teilhabekommission, dem Treffen der Gesundheitskoordinatoren Hessens. Sie hat sich in der BM-Dienstversammlung vorgestellt und ein Gespräch mit der Rettungsleitstelle geführt. Zusammen mit der Gesundheitsdezernentin führte sie einen Austausch zum Thema gesundheitliche Versorgung mit Herrn Jansen von der Stadt Idstein. Darüber hinaus wurde ein Gespräch in Sachen MVZ-Gründung mit Bürgermeister Diefenbach, Heidenrod, geführt (Ziel: Ansiedlung Hausarztstelle), weitere mögliche MVZ-Partner sind bereits vorhanden.

Im Januar 2020 haben die Gesundheitsdezernentin und Frau Moser mit dem Ärztenetzwerk Bäderstaße gesprochen und sie haben ein erstes Gespräch mit dem Ersten Beigeordneten und Gesundheitsdezernenten des Kreises Limburg-Weilburg vereinbart. Ein Treffen mit der Uni Marburg wegen Hausärztemangel ist ebenfalls angesetzt.

Der Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk wurde im Kreisausschuss in der Sitzung am 20. Januar 2020 beschlossen (Fort- u. Weiterbildung, Vernetzungsmöglichkeiten). Einige Kommunen des Kreises sind ebenfalls Mitglied.

#### **Fachteam Eingliederungshilfe / BTHG**

Die seitens des LWV Hessen im Rahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen an uns übergeleiteten Fälle wurden alle fristgemäß zum 1. Januar 2020 in die Kostenträgerschaft des Rheingau-Taunus-Kreis übernommen. Insgesamt wurden durch den Fachbereich II- Eingliederungshilfe für ca. 60 Kinder und Jugendliche sowie ca. 40 ältere Menschen entsprechende Bewilligungsbescheide erstellt und Kostenzusagen versendet. Somit konnten alle notwendigen finanziellen Leistungen zum 1. Januar 2020 sichergestellt werden.

Es zeigt sich anhand der ersten eingehenden Rechnungen, dass die Kosten gerade für in stationären Einrichtungen lebende Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung einen hohen finanziellen Aufwand verursachen.

Ebenso wird festgestellt, dass bereits jetzt schon einige Neuansträge auf Maßnahmen für ältere Menschen mit einer Behinderung eingereicht wurden.

Mit der Änderung der Zuständigkeiten gingen auch zwei Neubaumaßnahmen von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen vom LWV Hessen auf den RTK über, welche nun durch den Fachbereich II-Eingliederungshilfe sowohl konzeptionell als auch bau fachlich begleitet und abgestimmt sowie im Abschluss der Entgelte für diese neuen Einrichtungen verhandelt werden müssen.

### **Fachbereich III - Ordnungsverwaltung**

#### **Ausländerbehörde, Personenstand - Aufforderung zur Identitätsklärung aufgrund einer Gesetzesänderung**

Die Ausländerbehörde fordert nach gesetzlichen Änderungen seit Anfang des Jahres alle im RTK lebenden ausreisepflichtigen Ausländer mit ungeklärter Identität ausdrücklich auf, spätestens bis zum 30. Juni 2020 einen Reisepass zu beschaffen.

#### **Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen im RTK**

Im Rahmen der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes Hessen findet derzeit ein Projekt zur Pflege und Verjüngung ausgewählter Streuobstbestände in den Mitgliedsgemeinden des Landschaftspflegeverbandes statt. Hierbei handelt es sich um das vierte mit Landesmitteln geförderte Biodiversitätsprojekt im Landkreis, welches mit Hilfe der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) umgesetzt wird.

Die Projektidee und der nachfolgende Antrag wurden von der Unteren Naturschutzbehörde auf ihre fachliche Sinnhaftigkeit und ihre Vereinbarkeit mit den Förderungsregeln der Hessischen Biodiversitätsstrategie geprüft. Aufgrund des positiven Ergebnisses leitete die UNB den Projektantrag zusammen mit einem Finanzierungsplan weiter an das Regierungspräsidium. Mit der Mittelbewilligung durch das RP ist eine Vereinbarung des RTK mit dem Land Hessen verbunden, in der sich die UNB u.a. verpflichtet hat, die Mittelverwendung zu prüfen bzw. durchgeführte Arbeiten abzunehmen und ggf. Nachbesserungen zu veranlassen. Im weiteren Projektverlauf sind durch die UNB die vorgelegten Rechnungen zu prüfen und sie zur Auszahlung dem RP vorzulegen sowie einen Abschlussbericht zu fertigen. Im Rahmen der vertraglichen Regelung mit dem Land hat sich die UNB verpflichtet, für ihre geleistete administrative und fachliche Zuarbeit auf eine Vergütung nach dem Konnexitätsprinzip zu verzichten.

#### **Bauaufsicht, Denkmalschutz - Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesamt für Denkmalpflege**

Die Vorbereitungen zur Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Landesamt für Denkmalpflege und der Unteren Denkmalschutzbehörde des RTK sind gemäß KA-Beschluss abgeschlossen. Nach Vollzug der Unterschriften tritt die Vereinbarung in Kraft.

#### **Geschäftsbericht der Bauaufsicht zum Jahr 2019**

Im Geschäftsjahr 2019 wurden über 1,8 Mio. Euro an Gebühren im Fachdienst eingenommen. Im Jahr 2018 wurde ca. 1,2 Mio. Euro, wie auch in den Jahren davor, eingenommen. Die verlorenen Gebühren für Anträge des Bundes, Landes, Kirchen, Landwirte interne Anträge usw., betragen wie auch in den Vorjahren ca. 140 TEuro. Auch die Anzahl der bearbeiteten Anträge hat sich um ca. 50 Anträge gegenüber dem Vorjahr erhöht. Dies ist der derzeit guten Baukonjunktur geschuldet.

### **FD III.5 Ordnungs- und Kommunalaufsicht, Wahlen / Gräber auf dem Eichberg; Berichts-antrag Nr. 22/19 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 16. September 2019**

In der Sitzung des Kreistages am 28. Oktober 2019 wurde der Berichts-antrag Nr. 22/19 be-schlossen. Sodann wurde sich seitens der Verwaltung mit den zu beteiligten Institutionen in Verbindung gesetzt. Ein endgültiger Bericht der Verwaltung wird nach Abschluss und Zu-sammenführung der jeweiligen Stellungnahmen voraussichtlich in einer der nächsten beiden Sitzungen des Kreistages erfolgen.

### **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme von Aufgaben nach dem Pros-tituiertenschutzgesetz (ProstSchG)**

Der Kreis sowie die Kommunen Bad Schwalbach, Eltville, Geisenheim, Heidenrod, Hünstet-ten, Idstein, Niedernhausen, Oestrich-Winkel, Rüdesheim am Rhein und Taunusstein haben dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zugestimmt. Sie trat zum 1. Febru-ar 2020 in Kraft.

Der Landrat als Kreisordnungsbehörde übernimmt somit die Aufgaben, die nach § 1 Abs. 1 ProstSchGZustV den Bürgermeistern als örtliche Ordnungsbehörde obliegen, in seine Zu-ständigkeit.

### **Änderungen des Waffengesetzes**

Aufgrund gesetzlicher Änderungen muss die Waffenbehörde zukünftig die Verfassungs-schutzbehörden einbinden, bevor sie eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt. Mitgliedern in verfassungsfeindlichen Vereinigungen wird deshalb künftig per se die waffenrechtliche Zu-verlässigkeit versagt. Der Bedürfnisnachweis für Waffen muss nun alle fünf Jahre erbracht werden. Ein Großteil der waffenrechtlichen Neuregelungen geht auf EU-Vorgaben zurück. So müssen sämtliche Schusswaffen über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg behördlich rückverfolgt werden können. Transaktionen sind im Waffenregister einzutragen. Das Gesetz baut das Nationale Waffenregister aus. Erstmals müssen Waffenhersteller und -händler an das Nationale Waffenregister angebunden werden. Außerdem wird die Magazinkapazität von Schusswaffen begrenzt. Mit dieser Gesetzesänderung geht ein noch nicht einschätzbarer Personalmehrbedarf der Waffenbehörde einher.

### **Verkehr / B42 - Bau des Geh- und Radweges**

Über den aktuellen Stand der Planung des Geh- und Radwegeanschlusses Rüdesheim am Rhein hat Hessen Mobil bislang nicht informiert. Es ist demnach weiterhin unklar, wie die Lücke in der fußläufigen Verbindung zwischen dem derzeitigen Ende des Gehweges und Rüdesheim am Rhein geschlossen werden soll.

Die Arbeiten am Geh- und Radweg zwischen Lorch und Rüdesheim-Assmannshausen wur-den am 13. Januar 2020 von Hessen Mobil wieder aufgenommen. Der Abschluss des be-gonnenen Bauabschnittes ist für Februar 2023 vorgesehen.

### **Willkommensbeschilderung: KT-Beschluss vom 30. Oktober 2018, X/15**

In Ergänzung der Mitteilungsvorlage Nr. X/962 vom 16. April 2019 über das Prüfungsergeb-nis wird mitgeteilt, dass Hessen Mobil der Aufstellung einer Beschilderung grundsätzlich zu-gestimmt hat.

### **FD III.8 Verbraucherschutz und Veterinärwesen**

Schulung zur eigenständigen Probenentnahme durch Jagdausübungsberechtigte in Zusam-menhang mit der amtlichen Fleischuntersuchung auf Trichinen: Die zweite Schulung findet am 27. Februar 2020, 16:00 Uhr, in der Cafeteria des Kreishauses statt und wird vom FD III.8 organisiert und durchgeführt.

Bisher liegen die Rückmeldungen von 135 interessierten Jagdausübungsberechtigten vor.

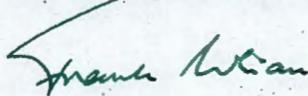
- 161 Jagdausübungsberechtigte sind beliehen.
- 2.440 Wildursprungsmarken wurden verkauft.
- 134 Teilnehmer bei der ersten Schulung.
- Rücklauf der eigenständig entnommenen Proben verläuft sehr positiv.
- Sammelkästen werden gut angenommen.
- Wildschweinepest-Monitoring 2019:

Klassische Schweinepest (KSP)	438 Proben
Afrikanische Schweinepest (ASP)	482 Proben

#### **Verstärkung der Lebensmittelüberwachung im Rheingau-Taunus-Kreis**

Der RTK beabsichtigt zur Verstärkung der Lebensmittelkontrolleure eine zusätzliche Teilzeitstelle auszuschreiben. Zudem wird ein/e weiterer Lebensmittelkontrolleur\*in ausgebildet. Das Bewerbungsverfahren wurde eingeleitet.

Bad Schwalbach, 4. Februar 2020



Frank Kilian  
Landrat